

Klima soll in Verfassung

Nach Basel-Stadt auch Baselland: Das Volk wird über den Klimaschutz abstimmen.

Dimitri Hofer

Nach mehreren Kantonen in der Schweiz, darunter auch Basel-Stadt, soll bald auch im Baselland der Klimaschutz in der Verfassung verankert werden. Der Landrat entschied gestern, eine parlamentarische Initiative des ehemaligen Grünen-Landrats Klaus Kirchmayr an die Umweltschutz- und Energiekommission zu übergeben. Das letzte Wort wird das Baselländer Stimmvolk an der Urne haben.

Wie beim Thema Klimaschutz anzunehmen, war im Landrat ein Graben zwischen Links und Rechts auszumachen. Vor allem Parlamentsmitglieder der SP und der Grünen hatten die parlamentarische Initiative unterzeichnet. Dies schlug sich im Abstimmungsergebnis der Überweisung nieder: Auf der Anzeigetafel färbte sich der rechte Ratssaal rot und der linke grün. Mit einer knappen Mehrheit von 48 Ja- zu 40 Nein-Stimmen wurde die Initiative überwiesen.

Haben Freundschaften eine Rolle gespielt?

Die hitzige Debatte dauerte rund eineinhalb Stunden und es kam zu Gehässigkeiten. Da der Regierungsrat empfohlen hatte, die parlamentarische Initiative zu überweisen, liess sich SVP-Landrat Hanspeter Weibel zu einer Bemerkung hinreissen, für die er sich später entschuldigte. Gerichtet an den Grünen Bau- und Umweltschutzdirektor Isaac Reber sprach er davon, dass hier mit den Parteikollegen Reber und Kirchmayr «Amigos» am Werk gewesen seien. Damit spielte er auf das wegen Vetterwirtschaftsvorwürfen gescheiterte Velohochbahn-Projekt an, an dem beide beteiligt waren.

«Jetzt musst du aufpassen», konterte der sichtlich wütende Reber. Landratspräsidentin Lucia Mikeler Knaack (SP) versuchte, die Wogen zu glätten und sagte zu Weibel: «Ich bitte dich, auf solche Unterstellungen zu verzichten.» Klaus Kirchmayr konnte keine Stellung beziehen. Das Schwergewicht der Baselländer Grünen war im vergangenen Jahr aus dem Landrat zurückge-



Solarpanels könnte es im Baselland künftig mehr geben.

Bild: Keystone/Gaetan Bally

treten. Bei einigen Exponenten der SVP war zu spüren, dass sie wenig von einer Festschreibung des Klimaschutzes in der Baselländer Verfassung halten. So meinte Fraktionspräsident Peter Riebli: «Die Zukunft des Klimas wird nicht bei uns entschieden, sondern in Ländern wie China.» Anders klang es bei der SP. Landrätin Désirée Jaun sagte: «Wir möchten, dass die Bekämpfung der Klimakrise in der Verfassung verankert ist.»

Text der Zürcher könnte übernommen werden

Wie der Verfassungstext genau daher kommen wird, ist noch unklar. Urheber Klaus Kirchmayr hatte in der parlamentarischen

Initiative geschrieben, dass der Text aus dem Kanton Zürich übernommen werden soll. Dort entschied das Stimmvolk am 15. Mai 2022 deutlich, den Klimaschutz in der Verfassung festzuschreiben. Fälschlicherweise führte Kirchmayr jedoch konkrete Ziele auf, die vom Zürcher Artikel abweichen und viel weiter gehen.

Deshalb wurde im Landratssaal der Verfassungsartikel aus Zürich aufgelegt. Dessen Hauptziel ist es, die Treibhausgasemissionen bis zur Treibhausgasneutralität zu vermindern. Dabei soll man sich am Zieljahr 2050, das der Bund ins Auge gefasst hat, orientieren. Mit diesem Ziel geht man weniger weit als Basel-

Stadt, wo sich das Stimmvolk im November für Netto-null bis 2037 aussprach.

Aufgrund der Ungenauigkeit im Wortlaut der parlamentarischen Initiative entstand eine Diskussion darüber, ob die Umweltschutz- und Energiekommission in der Lage sei, den Text anzupassen. SP-Landrat Urs Kaufmann stellte klar: «Selbstverständlich kann sich die Kommission absichern und den Rechtsdienst in Anspruch nehmen.» Sie hat nun den Auftrag, die Initiative zu prüfen und anzupassen. Danach kommt die Initiative wieder in den Landrat. Wegen der Verfassungsänderung entscheidet am Schluss das Volk.

Frühfranzösisch im Baselland gefährdet

Die Regierung prüft Verbannung aus der Primarstufe.

Michael Nittnaus

Seit zehn Jahren wird in Baselland schon ab der dritten Primarstufe Französisch gelehrt. Englisch kommt in der fünften Klasse dazu. So wollte es das 2010 vom Stimmvolk gutgeheissene Harmos-Konkordat, dem auch Basel-Stadt angehört.

Doch nun gerät Frühfranzösisch im Baselland unter Druck. Ein Vorstoss von SVP-Landrätin Anita Biedert wurde an die Regierung überwiesen, der nichts weniger als die Verbannung von Französisch aus der Primarstufe fordert. Nur noch Englisch soll auf dieser Stufe unterrichtet werden und Französisch dann ab der Sekundarschule.

Kanton evaluiert Frühfranzösisch sowieso

Dass es wirklich so weit kommt, ist aber noch nicht sicher. Biedert wandelte die Motion nach langer Debatte etwas widerwillig in ein schwächeres Postulat um, da die 69-Jährige einsah, dass ihre radikale Forderung sonst gescheitert wäre. Auch so wurde es knapp: 44 Ja-standen bei einer Enthaltung am Ende 38 Nein-Stimmen gegenüber. Die Regierung um Bildungsdirektorin Monica Gschwind muss das Begehren nun prüfen und innert zwei Jahren darüber berichten. Gschwind betonte: «Es ist mir ganz wichtig, dass das Resultat unserer Überprüfung völlig offen ist.»

Dass die Regierung von sich aus bereit war, das Anliegen als Postulat entgegenzunehmen, hat einen einfachen Grund: Eine Evaluierung des ganzen Sprachenkonzepts ist sowieso vorgesehen. Der Bildungsrat hat dem Amt für Volksschulen einen entsprechenden Auftrag vergangenen November erteilt. Zudem wurden die gesamtschweizerischen Leistungsmessungen zur Überprüfung der Grundkompetenzen in Deutsch, Französisch und Englisch am Ende der obligatorischen Schule wegen der Coronapandemie von 2020 auf 2023 verschoben.

Gschwind warnt: «Ein Alleingang muss gut überlegt sein, denn eine Neuordnung der Fächer hat grosse Auswirkungen, nicht nur auf die Schülerinnen und Schüler, sondern auch auf die benötigten Lehrpersonen, die weiterführenden Schulen und die Mobilität der Familien zwischen den Kantonen.» Die langjährige Lehrerin Biedert beteuerte, nicht gegen Französisch an sich zu sein, doch: «Schon fünf Studien haben die geringe Wirksamkeit von Frühfranzösisch aufgezeigt. Bei drei Sprachen in der Primar fehlt einfach die Zeit zur Vertiefung. Meine Forderung wäre ein mutiger Schritt.»

Das sahen im Landrat längst nicht alle so. Am deutlichsten wurde Béatrix de Sury d'Aspremont. Ihr Fazit: «C'est un affront envers nos voisins!»

Landrat-Nachrichten

650 000 Franken mehr für die Ruine Farnsburg

Mehrkosten Die Sanierung der Ruine Farnsburg ist 650 000 Franken teurer als geplant. Der Landrat stimmte der Erhöhung der Ausgabenbewilligung auf 7,47 Millionen Franken mit 84 Ja- zu 0 Nein-Stimmen zu. Grund für die höheren Kosten ist der schlechte Zustand der Mauern. Von den Mehrkosten trägt der Kanton Baselland 75 Prozent. Die übrigen 25 Prozent sollen beim Bund beantragt werden. (hof)

«Topsharing» soll klarer geregelt werden

Kaderstellen Die Position der Ersten Staatsanwältin wird in Baselland von zwei Frauen im Jobsharing besetzt. Die gesetzlichen Regelungen zu solchen geteilten Führungspositionen sind nicht eindeutig. Nun hat der Landrat ein Postulat von Grünen-Landrätin Rahel Bänziger überwiesen, das künftig Klarheit bringen soll. Die Regierung prüft, ob die Rahmenbedingungen im Personalgesetz einheitlich geregelt werden sollen. (mm)

Sissacher «Strichcode»: Zweiter Versuch mit Einbahnregime

In der Begegnungszone wird der Einbahnverkehr nun auch in umgekehrter Richtung getestet. Danach entscheidet der Gemeinderat.

Simon Tschopp

Ein Antrag auf verkehrsfreie Samstage im «Strichcode», der Begegnungszone von Sissach, war an der Gemeindeversammlung im Juni 2022 chancenlos. Dafür stiess der Vorschlag des Gemeinderats für einen 60-tägigen Versuch mit Einbahnverkehr auf positive Resonanz, auch vom Gewerbe. Die Testphase von West nach Ost dauerte von Anfang September bis Anfang Dezember; sie wurde wegen Baustellen um 32 Tage verlängert. Nun liegt der

Schlussbericht vor. Verkehrsplaner und Kanton empfehlen aufgrund der gewonnenen Erkenntnisse, dieses Einbahnregime umzusetzen und raten von Alternativvarianten ab. Vorge schlagen wird, besser zu signalisieren und die bestehenden Parkplätze im «Strichcode» zu optimieren.

Davon will der Gemeinderat aber vorerst noch nichts wissen und kündigt einen weiteren Versuch an: Einbahnverkehr in Gegenrichtung. Er hat dies auf Anraten der Betriebskommission Begegnungszone beschlossen.

54

Prozent aller befragten Kunden beurteilen den Einbahnversuch als positiv.

Damit soll aufgrund dieser Auswirkungen später ein definitiver Entscheid gefällt werden.

«Der Gemeinderat zieht ein positives Fazit», meint Stephan Marti, das für Verkehr zuständige Mitglied der Sissacher Exekutive, zum abgeschlossenen Versuch. Dies werde auch auf brei-

ter Linie so empfunden. «Mehrheitlich wird Einbahnverkehr gewünscht, doch soll die Richtungswahl überprüft werden», sagt er. Deshalb kommt es im Frühjahr zu einer zweiten Testphase im Einbahnverkehr, jedoch von Ost nach West. Der zweimonatige Versuch wird erneut vom Verkehrsingenieur und Kanton begleitet. Der Umfang der Umfragen wird derzeit noch abgeklärt.

Wie im Schlussbericht festgehalten, zeigen Kundenumfragen von fünf Gewerbebetrieben und der Gemeinde, dass von

rund 3900 Rückmeldungen deren 54 Prozent das Einbahnversuchsregime West-Ost als positiv und 29 Prozent als negativ werten. Bei einem Betrieb überzog der Negativanteil. Auf Umsatzzahlen und Kundenfrequenzen in Läden in der Begegnungszone hatte der Versuch «keinen signifikanten Einfluss».

Anders sieht es bei der Befragung von direktbetroffenen Anwohnenden aus: 58 Prozent der Antwortenden – darunter Gewerbetreibende – finden, dass sich die Gesamtverkehrssituation durch das Einbahnre-

gime verschlechtert hat; 35 Prozent sind der Ansicht, der Verkehr habe sich «deutlich» beruhigt. Die Rücklaufquote betrug knapp 22 Prozent.

Verkehrsdaten wurden von Mitte November bis Anfang Dezember 2022 erhoben. Sie zeigen, dass in der Einbahnzone der Abendspitzenverkehr deutlich abgenommen hat. Die Verkehrsmenge auf der Bahnhofstrasse hingegen nahm – vor allem in westlicher Richtung – in ähnlicher Grössenordnung markant zu. Dies ist auf den Umlageeffekt zurückzuführen.